Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf. Reklamezeile (unsicht. an den dreispaltigen Teil einer ...) RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat" Allg. Inseraten-Expedition, Dresden, Stiftstr. 7, Tel. 27 ... Postscheck Dresden 398 18. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Austeilung durch Zeitungsvertrieb Hilde Kloetsch, Dresden-A., Ammonstraße 60. Tel. 28 631. Postscheckkonto Dresden 30 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Göbel, Dresden; Ausland: Karl Breitner, Berlin; übriger Teil: Erich Heldmann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Kitscher, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 890.

8. Jahrgang — Dresden, Freitag den 20. Mai 1932 — Nummer 116

Abbau der Erwerbslosen-Unterstützung auf die Sätze der Wohlfahrt

Verlängerung und Erhöhung der Bürger- und Krisensteuer . Keine Belastung der Unternehmer . Volles Einverständnis der Gewerkschaftsbürokratie mit der neuen Hunger-Notverordnung . Außerparlamentarischer Kampf die einzige Abwehr

Wie wir bereits meldeten, finden innerhalb des Reichskabinetts seit einigen Tagen die Beratungen über die neue Notverordnung statt, die einen gewaltigen Abbau der Erwerbslosenunterstützung und der Sozialversicherung, sowie neue Massenbelastungen enthält.

Die Besprechungen der Reichsregierung, auf die General Schleicher einen entscheidenden Einfluß ausübt und an denen der Oberbürgermeister von Leipzig, Goerdeler, teilnimmt, sind bereits so weit gediehen, daß die Berliner Abendblätter von gestern bereits eine Reihe von Einzelheiten veröffentlichen können. So meldet eine Abendzeitung über den Inhalt der neuen Notverordnung, daß die Unterstützungsdauer in der Erwerbslosenfürsorge generell auf 16 Wochen herabgesetzt werden soll.

„Andererseits wird" — wie das Berliner Tageblatt meldet — „eine Vereinfachung der Unterstützung, vor allem durch Anpassung der Unterstützungssätze in Versicherung und Krisenfürsorge an diejenigen der Wohlfahrtsunterstützungssätze" erfolgen. Das heißt also, daß es in Zukunft nur noch einen einheitlichen Unterstützungssatz geben wird, der der gegenwärtigen Wohlfahrtsunterstützung entspricht.

Darüber hinaus soll, da eine „neue Belastung der Produktion" (lies: Unternehmer) allgemein abgelehnt wird, eine Ergänzung der finanziellen Vorsorge getroffen werden, wobei insbesondere an eine Verlängerung und systematische Einsparung der „Notsteuern" gedacht ist." Mit aller Deutlichkeit wird also hier ausgesprochen, daß die Verlängerung und Erhebung von Steuern keinesfalls auf Kosten der kapitalistischen Profithyänen, sondern auf Kosten der von ihnen bereits bis auf das Hemd ausgeplünderten Arbeiter und Werktätigen gehen soll.

Gewerkschaftsführer erklären: Mit dieser Lösung ganz einverstanden

Mit diesen neuen Verelendungsmaßnahmen gegen das arbeitende Volk haben sich bereits die gewerkschaftlichen Spitzenverbände — also besonders auch die Verbandsbürokratie des ADGB — abgefunden. Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat am Mittwochabend eine Besprechung Brünings mit den Vertretern der Gewerkschaften aller Richtungen stattgefunden, bei der sich diese mit der vom Reichskabinett getroffenen Lösung „ganz einverstanden" erklärt haben. So wie bisher alle Notverordnungen, jeder Lohn- und Unterstützungsabbau und jede Maßnahme zur Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen von der reformistischen, christlichen und gelben Gewerkschaftsbürokratie gedeckt und mit zur Durchführung gebracht wurden, wollen sie auch bei dieser neuen Notverordnung zur Verelendung der werktätigen Massen ihre Hilfsdienste leisten.

KPD-Landtagsfraktion verlangt Nichtdurchführung der Notverordnung

Die kommunistische Landtagsfraktion in Sachsen hat gegen die neuen Hungermaßnahmen der Reichsregierung folgenden Antrag im Landtag gestellt:

„Nach vorliegenden Pressemeldungen soll jetzt durch neue Notverordnung eine weitere unerhörte Kürzung der Unterstützungen für Haupt-, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger durchgeführt werden.

Gleichzeitig wird die Verdoppelung der Bürgersteuer, neue Gehaltskürzungen und ein weiteres Geschenk an die Besitzenden durch die Herabsetzung der Vermögenssteuer angekündigt.

Trotz der ungeheueren Wirtschaftsnot soll der Bau des Panzerkreuzers C in Angriff genommen werden und dafür ist eine Summe von 5 Millionen Mark eingesetzt.

Wir beantragen:
Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen:

1. gegen die neue Notverordnung bei der Reichsregierung auf das schärfste zu protestieren;
2. im Falle der Verkündung dieser Notverordnung diese in Sachsen nicht durchzuführen;
3. gegen die Ausgabe der Mittel für den Panzerkreuzer Protest zu erheben und zu verlangen, daß die Summe von 5 Millionen Mark für Kinderspeisung verwendet wird.

Renner
und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Landtagsfraktion."

Entsprechend diesem Antrag muß die Arbeiterschaft in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Gewerkschaften und allen anderen Massenorganisationen, sowie in jedem Ort die einheitliche Kampffront gegen die weitere brutale Einschnürung ihrer Lebenshaltung errichten. Denn nur durch den außerparlamentarischen Kampf und nicht im Sächsischen Landtag, der sich zusammen mit der Schieckregierung immer als ein willfähriges Werkzeug der Brüning-Diktatur erwiesen hat, kann die weitere Verelendung des arbeitenden Volkes und eine Verbesserung der Lebenshaltung erreicht werden. Für alle Arbeiter und Werktätigen kann es auf die Hungermaßnahmen der deutschen Bourgeoisie nur eine Antwort geben: Es ist genug, wir dulden keinen weiteren Lohn- und Unterstützungsabbau, keine neuen Steuern, keine Verschlechterung der Sozialversicherung und keine weitere Belastung der hungernden und notleidenden Arbeiterfamilien.

Ganz gleich, ob sozialdemokratische, christliche, parteilose oder den faschistischen Organisationen angehörenden Arbeitern, sie alle müssen jetzt mit den Mitgliedern der KPD und RGO zusammenstehen im Kampf gegen Hunger, Not und Elend, [illegible] gemeinsam [illegible]. Ueberall gilt es Front zu machen gegen den Hungerfeldzug der kapitalistischen Gesellschaft, die ihre einzige Rettung nur noch in der verschärften Ausbeutung des arbeitenden Volkes und der Organisierung eines neuen Raubkrieges gegen die Sowjetunion, das Land des sozialistischen Aufbaues, sieht. Gerade jetzt, wo in fast allen Industriezweigen der brutalste Lohnabbau auf der Tagesordnung steht, wo eine neue Notverordnung droht und eine gewaltige Steigerung der Massenverelendung Wirklichkeit werden soll, wiederholen wir die Aufforderung des ZK der Kommunistischen Partei und des Reichskomitees der Revolutionären Gewerkschaftsopposition, die in dem Aufruf „An alle deutschen Arbeiter" enthalten ist:

„Wir Kommunisten und Mitglieder der RGO und der roten Gewerkschaften wollen alle Kampfmaßnahmen ergreifen.

Wir erklären:

Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen will, gemeinsam zu kämpfen.

Wir Kommunisten schlagen euch vor:

Sofort in jedem Betrieb und in jedem Schacht, auf allen Stempelstellen und Arbeitsnachweisen, in allen Gewerkschaften Massenversammlungen der Arbeiter einzuberufen, die drohende Lage zu überprüfen, die gemeinsamen Forderungen aufzustellen, Kampfausschüsse und Streikleitungen der kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Arbeiter zu wählen und entschlossen den Massenkampf und den Streik gegen jeden Lohn- und Unterstützungsabbau vorzubereiten und durchzuführen!"

In diesem Sinne vorwärts zum Kampf gegen jede weitere Verelendung der Arbeiterklasse, für Arbeit und Brot, gegen Krieg und Faschismus, für die Verteidigung und den [illegible] Sowjetunion!

Erwerbslosenkundgebungen in Leipzig

Hungernde plündern Lebensmittelgeschäfte . Demonstrationen in der inneren Stadt

Am Mittwoch kam es in Leipzig zu spontanen Kundgebungen der Erwerbslosen, in deren Verlauf die Polizei ganze Straßenzüge abriegelte. Nach den Demonstrationen wurden in verschiedenen Stadtvierteln Lebensmittel von den Erwerbslosen aus den Geschäften geholt. Die Sächsische Arbeiterzeitung berichtet über die Kundgebungen:

Der unerhörte, rücksichtslose und mit aller Brutalität durchgeführte Unterstützungsraub hat die Verelendung und die Not der erwerbslosen Massen ins Unerträgliche gesteigert. So trieb auch gestern wieder der Hunger die empörten erwerbslosen Proleten auf die Straße. In der inneren Stadt kam es gegen Mittag zu spontanen Protestaktionen der Erwerbslosen, unter denen sich SPD-, KPD- und parteilose Arbeiter befanden. Mit dem Ruf: „Wir haben Hunger! Wir fordern Arbeit und Brot!" zogen sie durch die Petersstraße. Die Bourgeoisie schrie nach der Polizei, die dann auch bald in zwei Ueberfallwagen angerückt kam und die demonstrierenden Erwerbslosen auseinandertrieb. Kurz danach sammelten sich an verschiedenen Stellen auf dem Königsplatz die Erwerbslosen wieder, wo es unter ihnen zu erregten Diskussionen kam. Mit dem Karabiner in der Faust räumte auch hier wieder die Polizei den Platz und nahm wahllos mehrere Verhaftungen vor. Immer wieder hörte man die Rufe der Erwerbslosen nach Arbeit und Brot. Später riegelte die Polizei die Straßen nach der inneren Stadt ab.

Ueber die Plünderungen berichtet das bürgerliche Nachrichtenbüro Telunion:

Im einzelnen sind die Plünderungsfälle wie folgt verlaufen: 20 junge Burschen betraten eine Butterhandlung in der Merseburger Straße (Leipzig-Lindenau). Sie kämen, so sagten sie, von der „Nothilfe" und müßten den Laden ausräumen. Die Verkäuferin, die Hilfe holen wollte, wurde durch den Führer mit der Pistole bedroht; er rief: „Halt oder ich schieße!" Die Plünderer eigneten sich große Mengen Butter und Wurst an.

In der Kohlenstraße wurde eine Fleischerei ausgeräubert. Als die Inhaberin fragte, was denn los sei, riefen die Täter: „Nur Hunger". Auch sie konnten unerkannt flüchten.

In der Stettiner Straße (Leipzig-Schönefeld) wurde die Schaufensterscheibe eines Lebensmittelgeschäftes eingeschlagen. Aus dem Fenster wurden 15 Pfund Wurst gestohlen. Die Täter sind entkommen.

In einem anderen Geschäft in der Stettiner Straße gaben die Plünderer sich den Anschein, als ob sie Waren richtig kaufen wollten. Als man die Waren ihnen ausgelegt hatte, flüchteten sie lachend ohne zu zahlen.

Starke Polizeikräfte vor den Dresdner Fürsorgestellen

Dresden, 19. Mai

Wie uns übereinstimmend von verschiedenen Fürsorgekreisstellen mitgeteilt wird, wurden dieselben heute morgen durch Kriminalbeamte besetzt. Teilweise ist Sipo auch vor den Kreisstellen zu sehen. Größere Aufgebote Wohlfahrtspolizeibeamte üben eine strenge Kontrolle aus. Ein besonderer Grund für diese Maßnahmen war nicht zu erfahren.

Wie es scheint, will man sich schon sichern, um dem Ansturm der Erwerbslosen gegen neue Kürzungen der Unterstützungen gewachsen zu sein.

Neue Unruhen in Essen

Essen, 20. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern ist es in Hamborn-Obermarxloh bei der Auszahlung der seit dem 1. Mai gekürzten Wohlfahrtsunterstützungsgelder zu gewaltigen Protestdemonstrationen gekommen, an denen sich die gesamte Obermarxloher Arbeiterschaft beteiligte. Die Polizei, die gegen die Demonstranten eingesetzt wurde, wurde mit Protestrufen empfangen und nahm darauf einige Verhaftungen vor. Wie Augenzeugen berichten, ist es beim Abtransport der Verhafteten zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen. Die Demonstranten überschütteten die Polizei mit einem Steinhagel. Darauf gab die Schupo mehrere scharfe Schüsse ab.

Die Erregung der Demonstranten steigerte sich dadurch immer mehr. Die Arbeiter rissen das Straßenpflaster auf und leisteten Widerstand. An einer anderen Stelle haben die Erwerbslosen einen Brotwagen geleert. Die Konsumanstalten von Thyssen und „Eintracht" wurden gestürmt.

Verbot des Seemannskongresses aufgehoben

Hamburg, 19. Mai. (Eig. Ber.)

Das Verbot des Internationalen Seeleutekongresses ist nach langen Verhandlungen in letzter Stunde aufgehoben worden. Alle gewählten Delegierten müssen darum so rechtzeitig nach Hamburg fahren, daß sie zum Kongreßbeginn am Sonnabend früh an Ort und Stelle sind!

SLUB
Wir führen Wissen.